

Inhaltsverzeichnis

1	URBAN GARDENING	2
1.1	Begriffsbestimmung	2
1.2	Die Ursprünge von Urban Gardening	3
1.3	Ziele und Möglichkeiten	4
2	ZWEI BEISPIELE FÜR URBAN GARDENING IN LEIPZIG	7
2.1	Der „Nachbarschaftsgärten e.V.“ in Leipzig-Lindenau	7
2.2	Das Integrationsprojekt „Bunte Gärten“	10
2.2.1	Migranten in Leipzig	12
2.2.	Integrationsindikatoren	14
3	GEMEINWESENARBEIT	24
3.1	Begriffsbestimmung	24
3.2	Aufgaben und Ziele	24
3.2	Zusammenhang zwischen Gartenprojekten und Gemein- wesenarbeit	26

1 Urban Gardening

Im ersten Teil meiner Arbeit möchte ich den Begriff Urban Gardening erläutern, auf die Ursprünge eingehen und Ziele und Möglichkeiten von Urban Gardening genauer untersuchen.

1.1 Begriffsbestimmung

„Urbanes Gärtnern ist bemerkenswert facettenreich. Zentrale Charakteristika sind Partizipation und Gemeinschaftsorientierung“ [Müller 2011, S.31]. So gibt es beispielsweise die von AnwohnerInnen betriebenen kleinen Nachbarschaftsgärten in hochverdichteten Stadtvierteln, Frauengärten, Kinderbauernhöfe, Mieter- und Gemeinschaftsgärten im genossenschaftlichen Wohnbau, Generationengärten, Interkulturelle Gärten und das Guerrilla Gardening, das primär für die Bedeutung von innerstädtischem Grün sensibilisieren möchte [vgl. Müller 2011, S.31].

Zum besseren Verständnis möchte ich die gerade genannten Konzepte nun etwas näher vorstellen:

Community Gardens oder Gemeinschaftsgärten ist der Oberbegriff für kollektiv betriebene städtische Gärten. Die Flächen werden hauptsächlich als Gruppe genutzt und sind teilweise öffentlich zugänglich. In Gemeinschaftsgärten sind NachbarInnen, politische Gruppen, Kirchen, Schulen etc. tätig.

Interkulturelle Gärten dienen dem Zusammentreffen von Menschen verschiedener Herkunft. Es wird Obst und Gemüse angebaut, gemeinsam gekocht. Weiterhin bieten sie Bildungsangebote, fördern einen internationalen Austausch, sind aber auch therapeutische Stätten und Zufluchtsorte.

Nachbarschaftsgärten werden von den Anwohnern betrieben und befinden sich in Höfen, vor oder zwischen den Häusern. Dabei beschreibt Nachbarschaft: „eine räumliche Untereinheit von Gemeinden, in der alle Einwohner einander leicht erreichen können. Aber auch auf diesem Gebiet lebende Personen, deren Beziehungen durch räumliche Nähe, persönli-

che und dauerhafte Bekanntschaft, gegenseitige Hilfe und soziale Kontrolle gekennzeichnet sind“ [Friedrichs 1994, S.457].

Kinderbauernhöfe sind eine Mischform. Hier werden Nutztiere gehalten und meistens auch ein Garten betrieben. Angesprochen werden damit vor allem Kinder mit Mitmach-Angeboten, wie Reiten, Gärtnern und klassischen Hofarbeiten.

Frauengärten werden von Frauen für Frauen betrieben und können somit auch einen besonderen Schutzraum darstellen.

Generationengärten wollen die unterschiedlichen Generationen zusammenbringen. Das Beisammensein im Garten fördert das gegenseitige Verständnis für generationenbedingte Lebenswelten und Bedürfnisse.

Guerilla Gardening ist die subversive Variante der Stadtbegrünung. Als Form des politischen Protests greifen die Guerilla-Gärtner ins Stadtbild ein. Am bekanntesten sind Samen und Zwiebeln, die im Vorbeigehen in Grünstreifen gesteckt werden. Der Begriff geht auf die New Yorker Künstler- und Aktivistengruppe Green Guerillas zurück.

[vgl. www.greenguerillas.org]

Alle diese Konzepte verstehen sich als Orte der sozialen Interaktion, wobei ich die folgende Definition von Bisler und Klima am passendsten finde: „die durch Kommunikation (Sprache, Symbole, Gesten usw.) vermittelten wechselseitigen Beziehungen zwischen Personen und Gruppen und die daraus resultierende wechselseitige Beeinflussung ihrer Einstellungen, Erwartungen und Handlungen. Durch die Betonung des Kommunikationsprozesses, in welchem die Individuen einander den „gemeinten Sinn“ ihrer Handlungen vermitteln, unterscheidet sich dieser handlungstheoretische Begriff der sozialen Interaktion von dem verhaltenstheoretischen Interaktionsbegriff ...“ [Bisler, Klima 1994, S.308].

1.2 Die Ursprünge von Urban Gardening

Erstmals taucht der Begriff bei den Gemeinschaftsgärten im New York der 70er Jahre auf. Die Community Gardens sind Gärten, die erstmals ernäh-

rungepolitische, gärtnerische, ökonomische, soziale, künstlerische und stadtgestalterische Fragen miteinander verknüpften und bekannten Lebensmodellen andere Praktiken entgegensetzten. In den Ghettos von New York und anderen amerikanischen Großstädten ermöglichten sie zudem den sozial ausgegrenzten Bevölkerungsschichten eine Form der Selbstversorgung und der gesunden Ernährung. Die Idee verbreitete sich rasch in ganz Nordamerika. In den letzten 15 Jahren sind zudem viele neuartige Projekte aus den Gemeinschaftsgärten hervorgegangen. So entstanden in New York, Detroit oder Boston Jugendfarmen für sozial benachteiligte Jugendliche, die ihnen durch landwirtschaftliche Arbeit eine ganz neue Perspektive eröffnen. Neben dem Gärtnern wird sozial-ökologisches und unternehmerisches Grundwissen vermittelt. Die Betroffenen sollen aus der Hoffnungslosigkeit der Ghettos herausgeholt und befähigt werden, das Elend ihrer Stadtteile zu mindern.

Während in den USA diese Gärten von Anfang an auch dazu gedacht waren, Bedürftige mit Gemüse und Obst zu versorgen, spielte das Karitative in Deutschland erst nach und nach eine Rolle. Seit etwa drei Jahren sind in vielen Städten sogenannte Tafelgärten entstanden: Auf Brachen wird Gemüse und Obst angebaut, Kleingärtner und Ein-Euro-Jobber übernehmen die Arbeit – die Ernte geht an die Tafel-Vereine. Aus diesen frühen Formen haben sich die oben genannten Konzepte herausgebildet [vgl. www.zeit.de]. Wann genau Urban Gardening in Deutschland Einzug hielt und wann sich die einzelnen Konzepte herauskristallisierten, konnte ich der Literatur nicht entnehmen.

1.3 Ziele und Möglichkeiten

Die Kultivierung der städtischen Natur ist mit neuen Formen von Sozialität und Kollektivität verbunden. Urbanes Gärtnern ist in aller Regel soziales Gärtnern, es ist partizipativ und gemeinschaftsorientiert, der Garten wird als Lern- und Begegnungsort begriffen und die Nachbarschaft in die Gestaltung mit einbezogen. Dabei ist das soziale Geschehen in den Gärten keineswegs immer harmonisch und konfliktfrei, Differenzen werden ange-

sprochen und verhandelt. Die Gärten werden zu Orten, in denen die Menschen sich begegnen und von der gemeinsam bewirtschafteten Plattform des Gartens aus weitere Berührungspunkte entdecken. Sie sind Gegen- den, an denen gesunde Lebensmittel angebaut werden und Natur wieder erfahrbar gemacht wird. Und die Gärten sind Experimentierfelder für Zu- kunftsthemen: zum Beispiel, wie können neue Wohlstandsmodelle ausse- hen und interkulturelle Begegnungen gefördert werden und was bedeutet Teilhabe und sinnvolle Beschäftigung in der heutigen Gesellschaft?

Aus sozial-politischer Sicht beleben insbesondere gemeinschaftlich ge- nutzte Gärten den öffentlichen Raum und schaffen neue Orte der Begeg- nung und des Austauschs. Stadtteile gewinnen durch das zivilgesellschaft- liche Engagement an Lebensqualität. Nebenbei und auch gezielt entste- hen praktische Lernorte für Kinder und Jugendliche. Die Bespielung bisher ungenutzter Flächen ist zudem eine aktive Auseinandersetzung und Ein- mischung in die Gestaltung der Stadt. „Das Säen, Ernten, Kochen und Weiterverarbeiten für den Winter sensibilisiert nicht nur für die Natur, son- dern auch für einen Reality Check der vorhandenen Bedingungen“ [Müller 2011, S.30]. „ Der Garten verortet uns in einem größeren Kontext als den der Konsumgesellschaft. Er verschafft Überblick.“ sagt Christa Müller in einem Interview. Die Soziologin ist Geschäftsführerin der Stiftung Interkul- tur in München, urbane Landwirtschaft ist ihr Spezialgebiet.

Städtische Gärten zeigen auch Modelle für die Städte der Zukunft. Hier werden Nahrungsmittelanbau und Stadtleben wieder stärker miteinander verwoben. Urbane Landwirtschaft schont Umwelt und Ressourcen, indem Transportwege für Nahrungsmittel eingespart werden und die Grünflächen leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Luftqualität. Für eine Zukunft der Gärten und lebenswerte Städte sollten beackerbare Flä- chen jedoch nicht übergangsweise vergeben oder erkämpft werden müs- sen, sondern fester Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung wer- den.

„Ein Charakteristikum der städtischen Gemeinschaftsgärten ist, dass sie dem methodischen Individualismus der neoliberalen Ordnung mit den Logiken und Kräften des Kollektiven begegnen (ihn aber nicht gänzlich außer Kraft setzen)“ [Werner 2011, S.62]. Das Projekt Garten wird von

mehreren Menschen gemeinsam aufgebaut, betrieben und verwaltet. „Die Organisation der Projekte wird nicht in Form einer Steuerung oder eines Managements, also effizient und selbstoptimierend-perfektionistisch betrieben, sondern orientiert sich, je nach Projekttyp und Selbstverständnis, an verschiedenen Leitbildern und Vorstellungen: in einigen Projekten gibt es kaum verfestigte organisatorische Strukturen bzw. Zuständigkeiten und Hierarchien, in anderen gibt es solche Formen und sie werden hier auch akzeptiert“ [Werner 2011, S.63].

Die Ansiedlung von zumindest teilweise öffentlich zugänglichen Gärten verändert die räumlich-soziale Situation in städtischen Wohnlagen. Sie verändern und bereichern Nachbarschaftsstrukturen. In und um die Gärten entsteht ein soziales Netzwerk. Durch den Garten haben viele der Interaktionen einen festen Bezugspunkt. Der Zugang zu den Gärten ist niederschwellig. Niederschwellig bedeutet hier, dass kein Eintrittsgeld entrichtet werden muss, dass es keine Anzugsordnung gibt und die einzige Beschränkung bei einigen Gärten in Form von Öffnungszeiten bestehen. Das hat zur Folge, dass hier Menschen verschiedener Schichten und Milieus miteinander in Kontakt kommen, sich außerhalb ihrer eingefahrenen Milieugrenzen bewegen und Einblicke in andere Lebenslagen erhalten [vgl. Werner 2011, S.64]. Als Folge dieser Interaktionen kommt es zu einer stärkeren Beachtung des Gemeinwohls durch jeden Einzelnen. Die Motivation dafür liegt in Erfahrungen und Erlebnissen innerhalb des unmittelbaren sozialen Umfelds.

Bei den meisten Gartenmodellen in Deutschland, Amerika und anderen europäischen Städten steht nicht eine tatsächliche Versorgungswirtschaft im Vordergrund, sondern die Verschönerung und Bereicherung des Lebens in der Stadt und die Herstellung neuer Gemeinschaften. Die Leute reagieren mit neuen Modellen aktiv auf globale Herausforderungen und städtische Defizite: Ernährungskrisen und Umweltprobleme, Isolation, Vereinzelung oder mangelnde Freiräume. Wichtig sind dabei Flexibilität und Improvisation. Wer in dichten Stadtgefügen Platz für Blumen und Pflanzen finden möchte, muss kreativ sein. Anderenorts gibt es aber auch ganz andere Bedarfe. So existieren zum Beispiel in Havanna, Caracas oder Singapur schon lange die städtischen Miniacker, in Buenos Aires gibt

es beispielsweise derzeit mehr als 2000 Gemeinschaftsgärten, Haus- und Familiengärten, Nachbarschaftsgärten und Arbeitsloseninitiativen. Inmitten der Favelas und Slums werden Obst, Gemüse und Kräuter angebaut. Die Gärten sichern den Menschen Nahrung und ein geringes Einkommen und stellen somit eine Überlebensstrategie in Gegenden großer Armut dar. Viele sind in Eigeninitiative entstanden, andere werden vom Staat, NGOs (non-governmental organisation oder zu deutsch Nichtregierungsorganisation) oder privaten Firmen betreut. Auch die Deutsche Welthungerhilfe (DWHH) setzt seit einigen Jahren auf städtische Äcker. Sie unterstützt diverse Projekte auf Kuba, in Liberia und Nordkorea. Aber nicht überall gelingt das, so Jürgen Roth (DWHH): „In vielen Ländern ist der Druck auf städtische Brachflächen wegen des freien Immobilienmarktes viel größer. Doch viele Beispiele zeigen, dass sich selbst versorgende Armenviertel schon längst keine Utopie mehr sind. Die Gärten mildern die Not an Geld und Nahrungsmitteln, in ihnen kann kulturelles Wissen erhalten werden. Mit ihnen und um sie herum entstehen soziale Netzwerke, vielerorts erwecken die Gärten politische und soziale Utopien in oft ausweglosen Gegenden“.

2 Zwei Beispiele für Urban Gardening in Leipzig

Im Folgenden möchte ich zwei, von der Ausrichtung her verschiedene, Gartenprojekte in Leipzig vorstellen.

2.1 Der „Nachbarschaftsgärten e.V.“ in Leipzig-Lindenau

2002 hatten Vereinsmitglieder des Lindenauer Stadtteilvereins die Idee, das verwahrloste Gelände Josephstraße/Siemeringstraße zu pachten, um ihre Nachbarschaft grüner zu gestalten. Sie traten mit der Stadtverwaltung Leipzig in Kontakt und trafen sich mit Stadt- und Quartiersmanagern. „Fünf Eigentümer, von der Stadt Leipzig über eine Aktiengesellschaft bis zu Privatpersonen, stellen die Flächen für eine Zwischennutzung zur Verfügung. Die Eigentümer der Flächen nutzen die Flächen derzeit nicht und stellen

sie freundlicherweise den Nachbarschaftsgärten zur Verfügung“ [www.Nachbarschaftsgaerten.de]. Im Frühjahr 2004 wurde dann der Nachbarschaftsgarten eingeweiht. Im Jahr 2005 entstanden in den Abrisshäusern der Josephstraße 27 eine Holzwerkstatt und eine Selbsthilfefahrradwerkstatt. Beide Werkstätten werden von Vereinsmitgliedern und Anwohnern sehr rege genutzt. Auf dem Nachbargrundstück entstanden ein Strohballenhaus, um sich auch im Winter treffen zu können und eine Solarküche, die unter anderem für Kochprojekte mit Jugendlichen aus dem Stadtteil genutzt wird. Mit seinen vielen Nutzungsmöglichkeiten ist der Garten eine Art Nachbarschaftszentrum unter freiem Himmel. 2008 machten sich die NachbarschaftsgärtnerInnen unabhängig und lösten sich mit dem Verein „Nachbarschaftsgärten e.V.“ aus dem Stammverein „Lindenauer Stadtteilverein e.V.“ heraus. Derzeit hat der Verein 60 Mitglieder, die sich die Einzelparzellen im Nachbarschaftsgarten teilen. Damit sind die Kapazitäten des Gartenteils ausgereizt. Das restliche Gelände wird gemeinsam genutzt. Im Gespräch mit dem Vorstandvorsitzenden Sven Riemer erfahre ich auf die Frage nach der Zukunft des Gartens: „Wir wissen nicht, wie lange die Gartenfläche zur Verfügung steht. Wir können hier bleiben, bis die Bagger kommen. Das Grundstück gehört einem privaten Investor und weder wir noch die Stadt werden es kaufen können“. Und genau darin liegt das Problem mit den Zwischennutzungen. Sie werten eine Straße, ein Viertel, einen Stadtteil auf, aber auf lange Sicht droht ihnen der Verlust. Den kommunalen Stadtentwicklern genügt es, wenn eine Brache wieder bebaut wird und nicht mehr unangenehm auffällt, die Nutzer verbinden aber einen ganz konkreten Zweck mit ihrem Engagement. „Uns geht es um das Grün in der Nachbarschaft, die Begegnungsmöglichkeiten und um ein kleines Stück Selbstversorgung“ [Zitat Sven Riemer]. „Die Gründung des Nachbarschaftsgartens steht im Kontext der Diskussion, wie mit leer stehenden Grundstücken, mit Baulücken, mit dem Überangebot von Flächen in schrumpfenden Städten am besten umzugehen ist“ [Baier 2011, S.176]. Gegenwärtig wird das Brachflächenmanagement zu einer zentralen kommunalen Aufgabe. Wenn eine profitable Nutzung von Grundstücken und Gebäuden nicht absehbar ist, sind Zwischennutzungen eine geeignete Methode, unmittelbar eine Verbesserung des

Wohnumfeldes herbeizuführen. Dabei sind die Kommunen auf das bürgerschaftliche Engagement der Anwohner angewiesen. Vor dem Hintergrund, dass leer stehende Gebäude und Grundstücke bei den Anwohnern nachweislich Lethargie und Resignation fördern, die soziale Kontrolle verschwindet und die Probleme mit Kriminalität, Drogenkonsum und Alkoholismus zunehmen, erscheint ein planvolles Verbessern des Wohnumfeldes als besonders wichtig [vgl. Baier 2011, S.176-177]. Seit der Lindenauer Stadtteilverein die Idee mit dem Nachbarschaftsgarten hatte und dann auch noch die Straßensanierung realisierte, hat sich die Straße stark verändert. Etliche der vom Verfall bedrohten Gebäude wurden inzwischen saniert, derzeit wird eine Kindertagesstätte gebaut, kleine Läden und Cafés haben sich angesiedelt. Es gibt eine direkte Verbindung und Beteiligung der Nachbarschaftsgärtner zu dieser Entwicklung. Hier greift ein Verhandlungssystem zwischen Bürgern und Vertretern von Politik und Verwaltung, um konkrete Vorhaben und Projekte beziehungsweise die Vorstellungen der Stadt mit denen der AnwohnerInnen abzustimmen [vgl. Baier 2011, S.178]. Zudem wird auch ein in der Satzung des Vereins verankertes Ziel realisiert. Laut Artikel 1.1 der Satzung will sich der Verein „durch Wort, Schrift und Tat für eine nachhaltige Stadtentwicklung und ein lebenswertes Leipzig“ einsetzen. Im Engagement für ein benachteiligtes Stadtgebiet drückt sich das bürgerschaftliche Selbstverständnis von Stadtbewohnern aus, die sich nicht mehr nur als Adressaten von politischen Entscheidungen und Warenkonsumenten, sondern auch als Produzenten bzw. Mitgestaltende sehen. Sie versuchen ein Wohnumfeld zu schaffen, dass ihren ästhetischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen genügt: Gärten und Kinderspielflächen statt Müll auf den Abrissgrundstücken, Nachbarschaft statt Anonymität, Offene Werkstätten statt Jugendliche auf der Straße. Als Stadtteilverein oder Bürgerinitiative kann man gemeinsam der Stadt gegenüber treten, um zu zeigen, dass man das Gemeinwesen gemeinschaftlich gestalten will. Aber auch beim „Nachbarschaftsgärten e.V.“ haben nicht alle Mitglieder die gleichen Interessen. Einige wollen einfach nur ihre Parzelle bewirtschaften und die Gartengemeinschaft genießen, ohne sich auch noch um Stadtteilentwicklung und Quartiersmanagement zu kümmern. Das Projekt Nachbar-

schaftsgarten als Ausgangspunkt für Gemeinwesenarbeit, im weiteren Sinne, ist ihnen zu ausufernd. Diese unterschiedlichen Interessen sind durchaus miteinander vereinbar, auch wenn der Verein „Nachbarschaftsgärten e.V.“ laut Satzung ein Stadtteil(entwicklungs)verein ist und die Gartenbewirtschaftung nur ein Teil davon [vgl. Baier 2011, S.180-181].

2.2 Das Integrationsprojekt „Bunte Gärten“

1999 gründete Anke-Maria Kops-Horn zusammen mit ihrem Mann den Verein „Brückenschlag“, um Deutsche und Ausländer miteinander in Kontakt zu bringen. Dabei werden sie von etlichen ehrenamtlichen Mitarbeitern unterstützt. Ein Projekt des Vereins sind die „Bunten Gärten“. Ihre Idee: Wenn Deutsche und Ausländer zusammen im Garten arbeiten, kommen sie zwangsläufig auch ins Gespräch. „Wir reden über Blumen – und irgendwann auch über persönliche Probleme“, so Kops-Horn. Zu diesem Zeitpunkt wehrten sich die Anwohner in Leipzig-Mölkau, wo die beiden wohnen, gegen das dort ansässige Asylbewerberheim. Dem wollte die gelernte Gärtnerin etwas entgegensetzen. Etwa 40 ausländische Familien gärtnern derzeit zusammen mit Deutschen auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei. Diese wird dem Verein von der Stadt Leipzig zu günstigen Konditionen verpachtet. Der dabei entstehende Austausch und die gemeinsamen Aktivitäten helfen dabei Vertrauen und Selbstvertrauen bei den Flüchtlingen aufzubauen, ihre Isolation aufzubrechen, Kontakte zu erleichtern und gegenseitige Vorurteile abzubauen. Die "Bunten Gärten Leipzig" sollen vorrangig einen interkulturellen und sozialen Lebensraum für Flüchtlinge schaffen, der sinnvolle Betätigung, Kommunikation, Beratung und Weiterbildung miteinander verknüpft sowie theoretische und praktische Hilfen anbietet.

Unter den Flüchtlingsfamilien sind beispielsweise vom Krieg traumatisierte Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Iran oder vom Balkan aber auch von der Abschiebung bedrohte Kurden. Die jeweiligen Aufenthaltstitel der Ausländer, die hier zusammenkommen, sind sehr verschieden. Die meisten haben eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, andere wiederum haben kei-

nen Aufenthaltstitel (Asylbewerber). Und wiederum andere haben inzwischen eine unbefristete Niederlassungserlaubnis, engagieren sich aber weiterhin im Garten.

Jede Familie darf ein paar Quadratmeter Gemüsebeet nach eigenem Ermessen bewirtschaften. Ihre Ernte dürfen die Familien natürlich behalten. Wichtig ist aber auch das Bepflanzen und Pflegen gemeinsamer Flächen, um in der Planung, Diskussion über Anbaumethoden und gegenseitigem Kennenlernen unbekannter Gemüsearten die Kommunikation der Teilnehmer untereinander zu fördern. Durch aktive, gemeinsame Betätigung sollen die MigrantInnen ihre Apathie und Isolation überwinden. Durch den Anbau von Pflanzen aus ihren Herkunftsländern wird ihnen auch ein Stück Heimat vermittelt. Überschüsse verkauft der Verein an Restaurants und auf dem Wochenmarkt. Der Verkauf ist notwendig, da Integrations- und Bildungsangebote nicht allein von Fördermitteln und Spenden kostendeckend angeboten werden können. Außerdem geben einmal pro Woche ehemalige Lehrer den Flüchtlingen Deutschunterricht und deren Kindern Nachhilfeunterricht. [vgl. www.bunte-gaerten.de]. Wie wichtig das Erlernen der deutschen Sprache ist, wird auch noch einmal unter dem Ordnungspunkt 2.2.2 erwähnt (Arbeitssuche), obwohl die derzeit hier betreuten Migranten alle keine Arbeiterlaubnis haben, da ihr Aufenthaltsstatus nicht endgültig geklärt ist. Aber deutsche Sprachkenntnisse sind auch im Umgang mit Behörden und gegebenenfalls mit Anwälten von Vorteil, da nicht immer qualifizierte Dolmetscher verfügbar oder bezahlbar sind. Desweiteren können traumatisierte Migranten auf die Schnelle kein Vertrauen zu unbekannten Personen aufbauen. Wenn man den Begriff psychisches Trauma wie folgt definiert: „Ein psychisches Trauma ist ein intensives und schmerzhaftes, reales oder phantasiertes Erlebnis, dass durch die Abwehrkräfte des Ich nicht adäquat verarbeitet werden kann und so dauerhafte pathogene Wirkungen hervorruft. Es wird angenommen, daß traumatische Erfahrungen (...) zur Ursache für die Entstehung von Neurosen werden können“ [Eberenz 1994, S.686], wird schnell klar, dass diese Menschen professioneller psychologischer Betreuung bedürfen. Es ist ihnen auch untereinander nur möglich, ihre Traumata zu besprechen und zu überwinden, wenn sie eine gemeinsame Sprache finden. Und bekannter-

maßen gelingt der Spracherwerb und die Sprachübung am Besten im Alltagsgeschehen. Ein normaler Alltag bleibt diesen Menschen aber verwehrt. Sie leben zumeist isoliert im Asylbewerberheim. Resultat dieser Unterbringung ist eine verordnete Untätigkeit und Machtlosigkeit, die in Kombination mit der Sorge um ihr Bleiberecht und dem Gefühl, bei den Behörden sowie bei der Bevölkerung unwillkommen zu sein, zusätzlich noch belastend und lähmend wirkt. Durch die Erlebnisse und Erfahrungen in ihren Heimatländern ist es ihnen nicht möglich, vorurteilsfrei und offen auf ihre Mitmenschen zuzugehen und so am Alltagsgeschehen teilzuhaben. Oftmals spielen auch bereits hier gemachte negative Erfahrungen eine Rolle dabei. Das alles hat bei den Betroffenen oft auch physische und psychische Auswirkungen, wie beispielsweise Apathie, Depressionen, Magenbeschwerden etc..

Laut Kops-Horn ist ein Garten, in diesem Fall ein interkultureller Garten, der ideale Ort, um Menschen zusammenzubringen. Die gemeinsame Arbeit, unterschiedliches Wissen und verschiedene Erfahrungen mit dem Gärtnern, Gespräche untereinander oder mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern lassen die Migranten selbstbewusster und aktiver werden. Die Mitarbeiter helfen auch im Umgang mit Behörden, beim Ausfüllen von Formularen oder z.B. bei der Arztsuche. Manchmal sind sie aber auch „nur“ der Zuhörer.

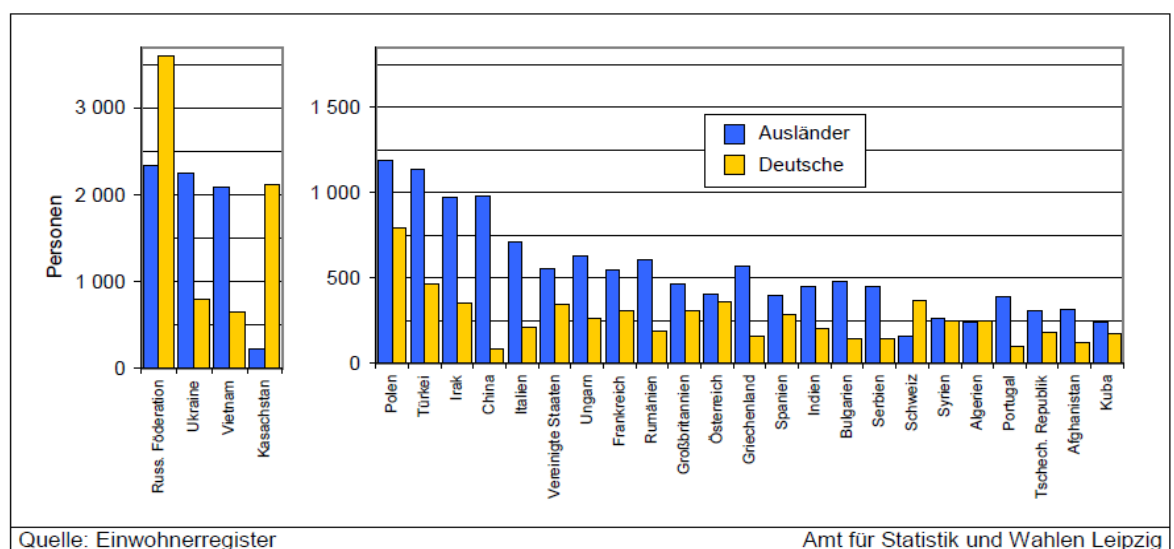
Im Folgenden möchte ich untersuchen, ob in der Stadt Leipzig ein solches Projekt überhaupt nötig ist. Dazu habe ich anhand der derzeit aktuellsten Statistiken versucht, die Situation der Migranten in Leipzig und daraus sich ableitende Bedarfe zu ermitteln.

2.2.1 Migranten in Leipzig

Die aktuellsten statistischen Erhebungen der Stadt Leipzig stammen aus dem Jahr 2011.

Auf Basis des Einwohnermelderegisters wurde zum Jahresende 2011 bei 44.409 Leipzigerinnen und Leipzigern ein Migrationshintergrund ermittelt, das entspricht 8,6 % Leipziger Bevölkerung mit Hauptwohnsitz. 2010

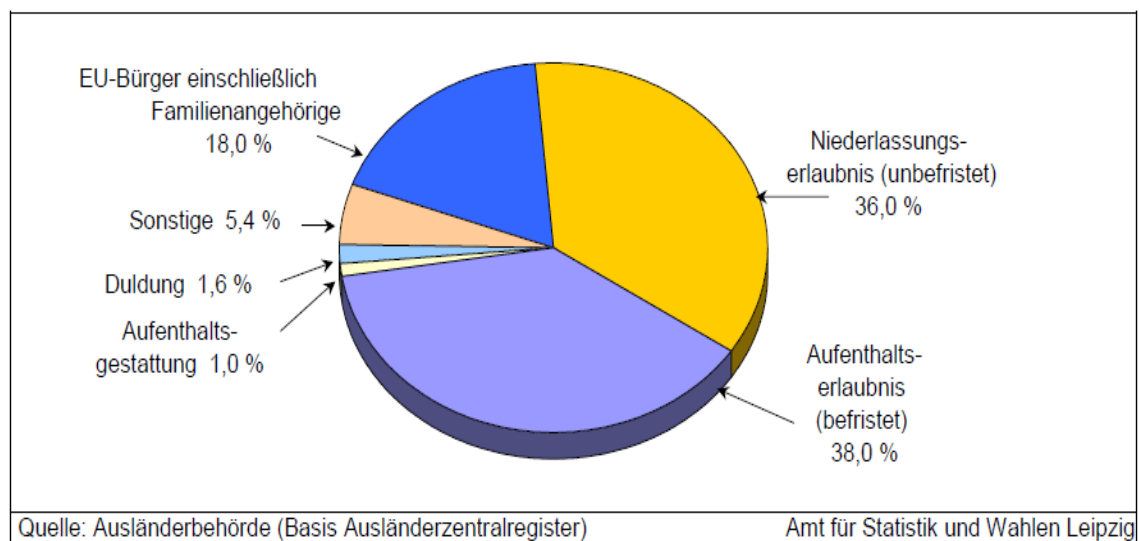
wurden noch 40.775 Migranten bzw. ein Anteil von 8,0 % festgestellt. Die Gruppe der Migranten wächst somit schneller als die Gesamtbevölkerung, welche im gleichen Zeitraum um 1,7 Prozent zunahm. Die zahlenmäßig größte Gruppe der Migranten sind mit 26.672 Personen die Ausländer. Ihr Anteil an allen Einwohnern mit Migrationshintergrund liegt bei 60,1 Prozent. Insgesamt 17.737 Migranten besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Staatsangehörigkeiten der Ausländer bzw. die ursprüngliche Herkunft der deutschen Migranten decken fast die gesamte Welt ab, sie stammen aus insgesamt 163 (heute existierenden) Ländern. Die größte Migrantengruppe mit 5.947 Personen kommt aus der Russischen Föderation, gefolgt von der Ukraine mit 3.046 Personen und von 2.742 Vietnamesen.



Herkunftsländer der Migranten in Leipzig, Stand 2011

Von den in Leipzig gemeldeten Ausländern haben 38 % eine befristete Aufenthaltserlaubnis und 36 % eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. Anerkannte Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge erhalten eine befristete Aufenthaltserlaubnis (§ 25, Abs. 1 und 2 AufenthG), welche nur in bestimmten Fällen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Die Aufenthaltserlaubnis wird im Allgemeinen nach drei Jahren als unbefristete Niederlassungserlaubnis (§ 26, Abs. 3 AufenthG) verlängert. Jetzt ist auch eine ungehinderte Erwerbstätigkeit möglich. Der Anteil der EU-Bürger und Staatsangehörigen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum

lag bei 18 %. Am Jahresende 2011 lebten 912 Asylbewerber in der Stadt Leipzig. Dem Asylbewerber ist während der Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet. Hierzu erhält er eine Aufenthaltsgestattung, die allerdings keinen Aufenthaltstitel darstellt. Die Aufenthaltsgestattung ist räumlich beschränkt auf einen Ort, den die zuständigen Behörden festlegen. Außerdem erhält der Asylbewerber keine Arbeitserlaubnis.



Aufenthaltsstatus der Migranten in Leipzig, Stand 2011

[Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen [Migranten in der Stadt Leipzig 2012]]

2.2.2 Integrationsindikatoren

Vor einigen Jahren hat ein grundlegender Wandlungsprozess begonnen, der bis heute auch noch nicht abgeschlossen ist. Früher wurden neben den Deutschen nur die Ausländer als große Bevölkerungsgruppe betrachtet, was aber hinsichtlich der Vielschichtigkeit der Gesamtbevölkerung mit allen ihren Potenzialen und Problemen keinesfalls ausreichend war. Jetzt werden in zunehmendem Maße alle Personen mit einem Migrationshintergrund betrachtet. Dabei geht es aber nicht nur um die Zahl von Personen mit Migrationshintergrund, sondern um die Herkunft, ob und in welcher Weise eine Integration der Einwohner mit Migrationshintergrund stattfindet.

det. Es gibt in Deutschland bei Bund, Länder und Kommunen mittlerweile eine ganze Reihe von Ansätzen, derartige Indikatoren zu nutzen, um Integration messbar zu machen. Im Nationalen Integrationsplan heißt es: „Integration benötigt Indikatoren, die eine Beobachtung und Beschreibung von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen sowie die Beurteilung der Wirksamkeit von Fördermaßnahmen ermöglichen“.¹ Neben weiteren Beschlüssen zur Verbesserung der Datenlage und der statistischen Grundlagen erging auch eine Aufforderung, die kommunale Ebene in die Zusammenarbeit einzubeziehen.

Im ersten Migrantenbericht der Stadt Leipzig, erschienen im September 2010, wurde ausführlich auf die Frage der Definition des Begriffes „Einwohner mit Migrationshintergrund“ eingegangen. Inzwischen gibt es mehr und mehr Konsens auch bei den Statistikern, hierzu alle Personen zu zählen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, zudem alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Hierzu zählen in erster Linie in Leipzig gemeldete Ausländer, aber auch Deutsche mit einer zweiten Staatsbürgerschaft, Spätaussiedler und Eingebürgerte nebst deren Kindern sowie weitere kleinere Gruppen. Auf Grund eines spezifischen Bedarfs an Bildung, sozialer und arbeitsmarktbezogener Integration zählen Migranten zu den sozialen Gruppen unserer Gesellschaft, die erhöhter Aufmerksamkeit bedürfen.² Integration heißt nicht nur Anpassung und Einfügung, sie erfordert auch differenzierte Kenntnisse zur Individualität von Migrantengruppen, um entsprechende politische Grundlagen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen. Sich dafür zunächst einen Überblick zu verschaffen, wie viele Einwohner überhaupt einen Mig-

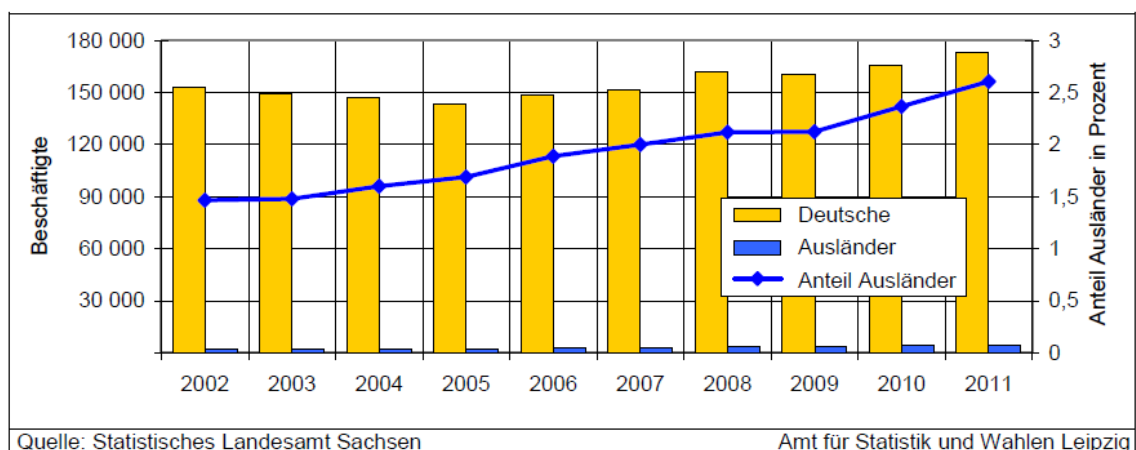
¹ Meiner Meinung nach wird hier deutlich, welches Integrationsverständnis derzeit vorherrscht. Es wird Integration mit Anpassung gleichgesetzt. Und es werden die Potenziale, die in der Anerkennung und der Sensibilisierung für das Differenziertsein stecken, nicht erkannt und nicht genutzt.

² Es ist schon bezeichnend, dass hier die Aufmerksamkeit den MigrantInnen gilt und keine Bedeutung den gesellschaftlichen und Marktmechanismen beigemessen wird, die ihnen den Zugang zu Bildung und Erwerbstätigkeit verwehren.

rationshintergrund haben, woher sie kommen, welche Altersgruppen sie besetzen, wo sie hauptsächlich wohnen und welche besonderen demographischen Entwicklungstendenzen sie mitbringen ist wichtig, um fundierte Entscheidungen bezüglich der Integrationsprozesse vornehmen zu können.

Die Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger Indikator für die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Für Personen mit Migrationshintergrund lassen sich bezüglich des Arbeitsmarktes derzeit noch keine Angaben ermitteln. Hier sind die Aussagen auf die Gruppe der Ausländer beschränkt. Für Ausländer ist die Arbeitsplatzsuche ungleich schwieriger als für deutsche Arbeitssuchende. Eine Erwerbstätigkeit für Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist nur bei Vorhandensein einer Arbeitserlaubnis beziehungsweise Arbeitsberechtigung möglich. Diese muss in den Aufenthaltstitel eingetragen sein. Hierfür ist die Ausländerbehörde zuständig. Ein weiteres Problem ist die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Mangelnde Deutschkenntnisse stellen eine weitere Hürde dar. Bei vielen Arbeitgebern bestehen außerdem Vorurteile und Unsicherheiten bei der Beschäftigung von Migranten.

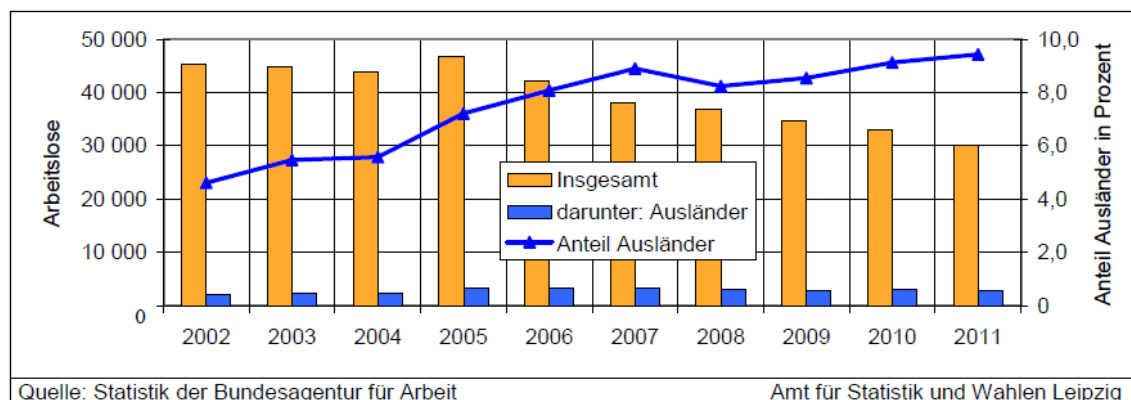
Während bei den deutschen Einwohnern im Alter von 15 bis 65 Jahren im Jahr 2011 etwas mehr als die Hälfte (66,1 %) sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, lag diese Quote bei den Ausländern bei 17,1 %.



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Stand 2011

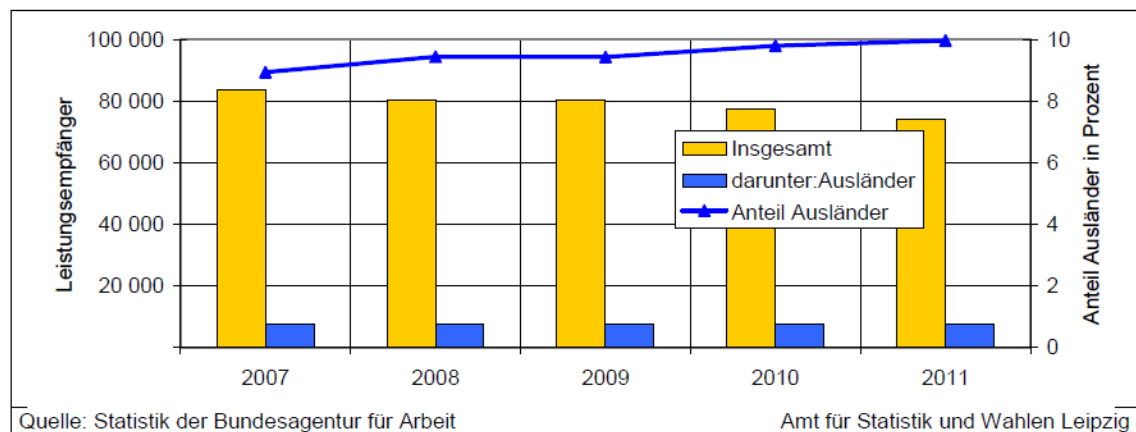
Neben der Erwerbstätigkeit stellt die Arbeitslosigkeit einen weiteren Indikator zur Einschätzung der Lebensumstände von Ausländern in Deutsch-

land dar. Im Allgemeinen sind Ausländer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Die Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gestaltet sich nicht selten schwierig. In der Stadt Leipzig hat die Zahl der Arbeitslosen insgesamt seit 2006 um fast 29 Prozent abgenommen und belief sich Ende 2011 auf 30.141. Ebenso ging die Zahl der arbeitslosen Ausländer um fast 17 Prozent zurück. Im Jahr 2011 betrug sie 2.841. Allerdings bleibt festzuhalten, dass der Anteil von Ausländern an allen Arbeitslosen gestiegen ist. Waren 2004 noch 4,6 Prozent der Arbeitslosen nicht deutsch, betrug deren Anteil 2006 bereits 8,1 Prozent und 9,4 Prozent im Jahr 2011. Die Arbeitslosenquote der Ausländer war Ende 2011 mit 24,2 % (bezogen auf zivile Erwerbspersonen) fast doppelt so hoch wie für alle Leipziger mit 11,6 %.



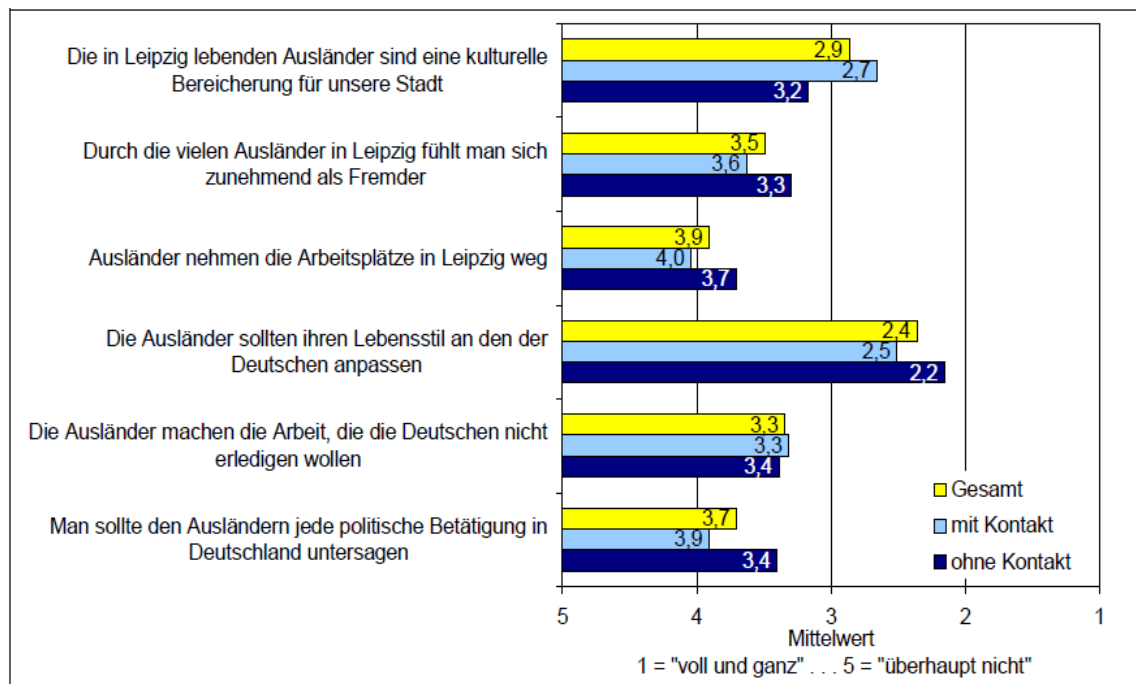
Arbeitslosenquote, Stand 2011

Während im Jahr 2011 insgesamt 17,6 % der Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren Leistungen nach SGB II bezogen, waren es bei den Ausländern 29,2 %. Ende 2011 bezogen von den 2.841 arbeitslosen Ausländern 2.591 Leistungen nach SGB II. Dies entsprach einem Anteil von 91,2 Prozent, bei dem davon ausgegangen werden kann, dass er sich hauptsächlich aus Langzeitarbeitslosen zusammensetzt.



SGB II-Empfänger, Stand 2011

Durch den Integrationsbeauftragten der Stadt Leipzig wurde angeregt, in die jährlich teilweise zu gleichen, teilweise zu unterschiedlichen Themen durchgeführte Kommunale Bürgerumfrage einen Fragekatalog zum umfassenden Thema des Verhältnisses Deutsche und Ausländer in der Stadt Leipzig aufzunehmen. Hierbei wurden durch das Amt für Statistik und Wahlen sowohl Deutsche als auch Ausländer zu ihrer Sicht auf die Verhältnisse zwischen Deutschen und Migranten befragt. Im Sinne eines einfacheren sprachlichen Verständnisses wurde in der Befragung der Begriff Ausländer benutzt. Es ist anzunehmen, dass in der Bevölkerung jedoch nicht nur das Verhältnis zu Ausländern bewertet wurde, sondern mitunter der weiter gefasste Kreis der Migranten gemeint ist. In der empirischen Sozialforschung werden Einstellungen vor allem über die Zustimmung oder Ablehnung von bestimmten Aussagen gemessen. So ist es üblich, die Einstellung zu Ausländern über die Zustimmung oder Ablehnung von Aussagen über Ausländer zu ermitteln. In der kommunalen Bürgerumfrage wurden den Befragten daher 6 Aussagen präsentiert. Im Folgenden sollen diese Ergebnisse vorgestellt werden. Ein Hauptaugenmerk lag dabei darauf, ob die Befragten im Alltag Kontakt zu Ausländern haben.



Auswertung der Bürgerumfrage 2011

Für alle sechs präsentierten Aussagen zum Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern gibt es Unterschiede zwischen Befragten mit regelmäßigem Kontakt zu Ausländern, und Befragten, die angeben, keinen regelmäßigen Kontakt mit Ausländern zu haben.

Zusammenfassend zeigt sich, dass der persönliche Kontakt (neben anderen Einflussfaktoren wie dem Einkommen und der Stellung im Erwerbsleben) einen großen Einfluss auf die Einstellungen zu Ausländern hat. Tendenziell gilt dabei: Kontakte zu Ausländern führen zu positiveren Einstellungen gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe.

(vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Migranten in der Stadt Leipzig 2012, S. 7-61)

Analysiert man die Bürgerumfrage etwas genauer, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Befragten mit Kontakt zu Ausländern zwar durchweg eine positivere Einstellung gegenüber Ausländern haben, aber die Umfrageergebnisse der einzelnen Fragen doch noch andere Schlussfolgerun-

gen zulassen. So sind die Meinungsunterschiede bei den Fragen 2 (man fühlt sich als Fremder in Leipzig), 3 (Arbeitsplätze), 4 (Lebensstil anpassen) und 5 (Ausländer machen die Arbeit, die kein Deutscher machen will) deutlich geringer als bei den anderen Fragen. Bei diesen vier Fragen hat sich demzufolge schon eine einheitliche Meinung verfestigt. Eine der Aufgaben der Sozialen Arbeit ist es, diese Vorbehalte und Vorurteile der sogenannten „Mehrheitsdeutschen“ gegenüber Menschen, die als Ausländer gelten, abzubauen. Und insbesondere die Gemeinwesenarbeit wird dieser Anforderung gerecht, denn sie ist in der Lage, innerhalb eines begrenzten Gebietes (Stadtteil o.ä.), Menschen zu mobilisieren, Kontakte zwischen ihnen herzustellen, gemeinsame Projekte zu starten. Denn nur der Kontakt miteinander führt zu Verständnis füreinander. Und eines dieser Projekte könnte Urban Gardening sein.

Betrachtet man die eingangs gestellte Frage anhand der Statistik, so ist ganz klar festzuhalten, dass der Bedarf an Projekten, ähnlich dem der „Bunten Gärten“, wesentlich größer ist, als das derzeitige Angebot. So lebten Ende 2011 10.135 Menschen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis und 912 Asylbewerber in Leipzig. Somit gibt es annähernd 11.000 Menschen in Leipzig, denen per Gesetz verwehrt wird, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Rund 900 von ihnen (Asylbewerber) dürfen zudem das Stadtgebiet und den angrenzenden Landkreis nicht verlassen (Residenzpflicht). Diese Menschen dürfen trotz fehlendem Aufenthaltstitel beziehungsweise befristeter Aufenthaltserlaubnis nicht außer Acht gelassen werden. Wie ein Teil der Leipziger Bevölkerung abseits von Bürgerbefragungen über Asylbewerber denkt, ist Mitte 2011 deutlich geworden. Der Aufschrei unter Politikern aller regierenden Parteien war groß, aber kam dieses Meinungsbild so überraschend?

Allein rund 250 der 912 Asylbewerber sind in einer großen Massenunterkunft abseits vom Stadtzentrum untergebracht. Da diese schon sehr marode ist, hat sich die Stadt Leipzig entschlossen, die Unterkunft 2013 zu schließen und die Asylbewerber auf mehrere kleine Wohnobjekte zu verteilen. Hierbei sollten extra ganze Wohnhäuser zur Verfügung gestellt werden. Nach Bekanntwerden dieses Planes regte sich massiver Widerstand in den Wohngebieten, die zur Unterbringung vorgesehen waren. Es

gab Bürgerproteste, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen. Und natürlich reihten sich etliche Mitglieder der JN (Junge Nationaldemokraten) und der Freien Kräfte mit ein. Aber nicht nur sie, sondern auch die regionale Presse sorgten für die entsprechende Meinungsbildung. Der Mechanismus ist alt: Ein Klischee, das man am Stammtisch aufgeschnappt hat, wird wieder und wieder weitererzählt. Solange bis man denkt, es wäre die eigene Meinung. So ein Vorurteil über Personen, Gruppen oder Sachverhalte ist nur schwer durch neue Erfahrungen oder Informationen veränderbar. Die abwertende Einstellung gegenüber fremden Menschen, geht in der Regel darauf zurück, dass die eigenen Normen und Wertvorstellungen für allgemeingültig gehalten und zum Maßstab des Verhaltens auch aller anderen Menschen gemacht werden. Das ist gut zur Selbstvergewisserung und für den Zusammenhalt der Gruppe. Das gute Gefühl, sich gemeinsam zu wehren, den Kopf zu schütteln und die Arme in die Hüften zu stemmen. Und Bücher, wie zum Beispiel „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin oder „Neukölln ist überall“ von Heinz Buschkowsky, verfehlen ihre Wirkung auch nicht. So unterschiedlich diese beiden Bücher auch sind, so finden sich in beiden, mehr oder weniger offen xenophobe (Angst vor Fremden) und rassistische Äußerungen. Und so entstanden Meinungen wie die folgenden:

„Na die müssen nicht unbedingt hier hin, weil hier ist ja ein Wohngebiet und das passt halt nicht hier her.“ [der Freitag, 08.06.2012, S.7]

oder:

„Man kann auch nicht 70 Mann auf einem Fleck in ein Wohngebiet eingliedern. Das geht nicht.“ [der Freitag, 08.06.2012, S.7]

oder:

„Die Leute haben Angst vor der Zunahme der Kriminalität: Drogenkriminalität, Beschaffungskriminalität...“ [der Freitag, 08.06.2012, S.7]

Ich behaupte, dass niemand, der in diesen Bürgerinitiativen organisiert ist, jemals mit einem Asylbewerber gesprochen hat. Und keiner fragt sich ,wer sind eigentlich Asylbewerber? Asylbewerber sind Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt, unterdrückt und mit dem Tode bedroht werden, die ihr zuhause hinter sich lassen, weil sich ihnen dort keine lebenswerte Perspektive mehr bietet. Und jetzt stellt sich die Frage, wie wir mit diesen Menschen umgehen wollen. Sollen sie wirklich in Massenunterkünften am Stadtrand leben oder dezentral in Wohngebieten. Der Leipziger Stadtrat hat vor kurzem einstimmig die dezentrale Variante beschlossen, auch wenn das nicht die Beste ist, da man dadurch viele kleine Heime schafft. Beispiele in bayrischen Städten, wo Asylbewerbern ganz normale Wohnungen in ganz normalen Wohngebieten zur Verfügung gestellt wurden, zeigen große Erfolge. Hier geschieht die Eingliederung durch alltäglichen Kontakt relativ mühelos. Dieser Weg wäre meiner Meinung nach auch in Leipzig und in ganz Deutschland der Richtige. Aber das bedeutet auch, dass mehr Zeit, mehr Geld und mehr Personal zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn man endlich aufhören würde Flüchtlinge/Asylbewerber zu kasernieren, ihnen Wohnungen gäbe, sie zu Nachbarn werden ließe, dann wäre so manches Problem gelöst. Aber dafür muss ein sozialpolitischer Wille bei der Regierung vorhanden sein. Stattdessen werden im sozialen Bereich immer mehr Mittel gekürzt. Und so bleibt es bei Lippenbekenntnissen der Verantwortlichen.

Zwei Überlegungen scheinen mir noch sehr wichtig zu sein:

Zum einen stellt sich die Frage, woher diese Xenophobie und der Rassismus kommen. Ich glaube, dass die Angst oder wenigstens Vorsicht vor dem Fremden, etwas sehr tief verwurzeltes, vielleicht sogar menschliches ist. Xenophobie, wie sie in unserer Gesellschaft schon oft vorkommt, bedeutet aber: „die ablehnende, bis zu Hass und Feindschaft gesteigerte Einstellung gegenüber Fremden. Xenophobie geht über die Erfahrungstatsache hinaus, dass alles Fremde zunächst unheimlich anmutet“ [Lautmann 1994, S.751]. Auch in den Fällen der Leipziger Bürgerinitiativen kann man durchaus partiell von Xenophobie sprechen, da hier das Maß

der Vorsicht vor dem Unbekannten weit überschritten und auch der Wille zur Annäherung nicht mehr erkennbar ist. Es wäre nun Aufgabe der Politiker diesen Prozess der sich steigernden Ablehnung zu stoppen. Und zwar indem man den politischen Willen zwischen den Betroffenen kommuniziert und ihn nicht einfach unkommentiert durchsetzt. Das könnte einerseits die Bedenken gegenüber und andererseits die Vorurteile vor den Asylbewerbern reduzieren. Ebenso ist es Aufgabe der Sozialen Arbeit, speziell der Gemeinwesenarbeit, dafür zu sorgen, dass Kontakte zwischen der Bevölkerung und den Asylbewerbern entstehen. Das kann über gemeinsame Projekte, Informationsveranstaltungen, Einbindung von Kindern und Eltern in Kindergarten und Schule geschehen. Eine weitere Plattform dafür könnten die interkulturellen Gärten darstellen.

Zweitens ist der Begriff Integration zu hinterfragen. Wohinein soll sich wer integrieren? Was ist dieses Konstrukt, in das wir alle uns integrieren sollen? Wofür steht es? Auf diese Fragen habe ich noch nie eine befriedigende Antwort gefunden. Sind wir nicht in der Lage in unserer Verschiedenartigkeit miteinander zu leben? Wieso reicht es nicht, dass alle Menschen, die hier leben, sich an geltendes Recht halten? Wenn unsere Gesetze nicht ausreichen, um einen gesellschaftlichen Wertekonsens zu vermitteln, dann sind sie wohl unzureichend. Laut Definition ist die Integration: "die Eingliederung, insbesondere Akzeptierung eines Individuums in seiner Gruppe" [Lautmann 1994, S.303]. Nun gibt es aber zwei Möglichkeiten dieser Eingliederung. Einmal durch die Akzeptanz innerhalb der Gruppe oder aber durch die Anpassung des Individuums. Die Anpassung stellt den derzeitigen Konsens in unserer Gesellschaft dar, die Akzeptierung des jeweils Anderen aber ist meiner Meinung nach das Ziel. Hierfür muss sich Soziale Arbeit verstärkt einsetzen. Und zwar einerseits in der täglichen Arbeit eines jeden Sozialarbeiters, andererseits aber auch in der Forderung einer sich verändernden Sozialpolitik. Erst müssen die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, welche uns als Sozialarbeiter weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Was allerdings niemanden, ob Sozialarbeiter oder nicht, aus der Verantwortung entlässt, sein alltägliches Handeln zu reflektieren.

Im nächsten Abschnitt möchte ich untersuchen, inwieweit es wichtig ist, die Gartenprojekte als Teil der Gemeinwesenarbeit zu integrieren und wie dies bei den zwei beschriebenen Projekten bisher gelungen ist.

3 Gemeinwesenarbeit

Im Folgenden möchte ich eine Begriffsbestimmung vornehmen, dann Aufgaben und Ziele der Gemeinwesenarbeit erläutern und dann den Zusammenhang zwischen den Gartenprojekten und der Gemeinwesenarbeit herstellen.

3.1 Begriffsbestimmung

Gemeinwesenarbeit, (...), neben Einzelfallhilfe (...) und Gruppenarbeit (...) die dritte klassische Methode der Sozialarbeit, die meist innerhalb eines geographisch abgegrenzten Gebietes (einer Gemeinde oder eines Teils davon, etwa eines Slums oder einer Nachbarschaft) stattfindet und nach M.G. Ross aus mehreren Schritten besteht: a) die Einwohner des Gebietes erkennen ihre Bedürfnisse und entschließen sich, für deren Erfüllung zu arbeiten; b) Hilfsquellen (interne oder externe) werden erschlossen; c) in diesem Sinne werden Maßnahmen eingeleitet, die ein solidarisches und kooperatives Verhalten in der Gemeinde ausbauen“ [Lautmann 1994, S.228].

3.2 Aufgaben und Ziele

„Gemeinwesenarbeit ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie dann allerdings auch die Lebensverhältnisse seiner BewohnerInnen“ [Oelschlägel 2005,

S.653]. Mit Hilfe der Gemeinwesenarbeit sollen die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner erweitert und sie zur Selbstorganisation (Empowerment) befähigt werden. Über die Vernetzung mit örtlichen Institutionen (Behörden, Schulen, Jugendhäusern, Kirchen, etc.), Initiativen (Vereinen, Gruppierungen, etc.) und die Aktivierung von Einzelpersonen (Meinungsmachern, Wortführern, Ehrenamtlichen) soll eine nachhaltige Wirkung erzielt werden.

Folgende Merkmale kennzeichnen Gemeinwesenarbeit:

→ GWA (Gemeinwesenarbeit) integriert Theorien aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, wie zum Beispiel Sozialwissenschaften, Politische Ökonomie, Psychologie, Erziehungswissenschaften und einigen mehr und ist somit interdisziplinär.

→ Es gibt viele Möglichkeiten von GWA und sie orientiert sich an den jeweils lokalen Besonderheiten.

→ GWA analysiert den Ort, wo die Menschen und ihre Probleme anzutreffen sind und betrachtet diese ganzheitlich. Dabei geht es um Lebensverhältnisse, Lebensformen und Lebenszusammenhänge der Menschen und wie diese selbst sie sehen (Lebensweltorientierung).

→ GWA möchte aus Quartieren handelnde Gemeinwesen machen und somit auch die Menschen handlungsfähiger machen.

→ GWA sieht ihre zentrale Aufgabe in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Dabei geht es darum, dass sie die Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen, aktiv handeln (auch politisch) und Erfahrungen bei der Problembehandlung sammeln (Empowerment).

[vgl. Oelschlägel 2005, S.653]

3.2 Zusammenhang zwischen Gartenprojekten und Gemeinwesenarbeit

Wenn man beide Projekte in Bezug auf Gemeinwesenarbeit vergleicht, kommt man durchaus zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Zuerst möchte ich den „Nachbarschaftsgärten e.V.“ betrachten. Im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Sven Riemer kam zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig sich anfangs noch sehr schwierig gestaltet hat.

Die Tatsache, dass schon der Lindenauer Stadtteilverein mit dem Stadtplanungsamt, dem Bauamt und dem Kulturamt Kontakt aufnahm und zusammenarbeitete, ermöglichte es, dass die gleiche gute Zusammenarbeit beim Nachbarschaftsgarten zustande kam. Der Stadtteilverein hat mit seinem beharrlichen Engagement und zahlreichen Zugeständnissen an die Kommune viele Kritiker überzeugt. Auch dieses Engagement hat dazu geführt, dass die Josephstraße mit in das Sanierungsprogramm der Stadt aufgenommen wurde. Das wiederum hatte zur Folge, dass öffentliche Mittel für den Stadtumbau in diesen Stadtteil flossen. Und so entwickelte sich eine Sogwirkung. Grundstückseigentümer, private Investoren, Gewerbetreibende wurden mobilisiert. In diesen Aufschwung hinein wurde dann auch der Nachbarschaftsgarten ins Leben gerufen. Der Garten bekam, nicht nur, aber auch wegen der guten Erfahrungen mit dem Stadtteilverein, Fördermittel aus dem EU-Förderprogramm „Urban II“ [vgl. Baier 2011, S.175]. „Diese Fördermittel ermöglichten es, zusätzlich noch das Strohballenhaus und die Solarküche zu planen und zu bauen“, so Sven Riemer. Außerdem ist er der Überzeugung, dass die Stadt Leipzig sich nur beim Zwischennutzungsmodell engagiert hätte. „Ohne den Stadtteilverein hätten wir maximal Kontakt zum Brachflächenkataster herstellen können. Und das heißt, über den Garten hinaus wäre nichts passiert“ meint Riemer. So aber hat das Projekt weitreichende Folgen für den gesamten Stadtteil. Man sieht kaum noch baufällige Bausubstanz. Die Gegend zieht überwiegend junge Menschen und Familien an. Die Stadtentwicklung, die hier vor sich geht, betreiben vor allem Leute, die zum sogenannten kreativen Milieu gehören. Sie haben die Möglichkeit, fehlende finanzielle Mittel durch

persönliche Ressourcen, wie Bildung und Kreativität, zu ersetzen. Somit nutzen sie die Chancen, die ihnen derzeit in diesem Stadtteil geboten werden [vgl. Baier 2011, S.183]. Da die großen Investoren aber nach wie vor nicht zu erwarten sind, bieten sich vielfältige Möglichkeiten für Ateliers, Kleinkunst, Kleingewerbe. Wie lange das so bleiben wird ist fraglich. Mit der Attraktivität steigen auch Mieten und Pacht für die Bewohner spürbar. Mehrere Mitglieder des Nachbarschaftsgärten e.V. mussten ihren Stadtteil schon aufgrund der Mietsteigerungen verlassen. Sie bekamen die negativen Folgen der Aufwertung direkt zu spüren. Und die Zahl der vielen Neuzugezogenen verschleiert ein wenig die Lage der Alteingesessenen. Für sie sind die positiven Entwicklungen kaum spürbar. Die Zahl der Erwerbslosen, sowie der Abhängigen von staatlichen Transferleistungen in Leipzig-Lindenau ist kaum gesunken. Sie erreicht der Aufschwung nicht. Und sie werden den Stadtteil auch verlassen müssen, wenn es an Sozialwohnungen fehlt. Es kommt hier zu einer schleichenden Sukzession. Sukzession ist ein Begriff aus der Stadtsoziologie und beschreibt, wie die Bevölkerung eines Stadtteils durch Eindringen einer anderen verdrängt wird. So kommt es mit der Zeit zur Dominanz der neuen Bevölkerungsgruppe. Hieran zeigt sich letztendlich, dass der Erfolg der Gemeinwesenarbeit, wie sie derzeit praktiziert wird, nicht Allumfassend ist. Es bieten sich Möglichkeiten Neues aufzubauen, aber es fehlt an Möglichkeiten, Geld und Ideen, die Ressourcen benachteiligter Menschen zu erkennen und zu mobilisieren. Wer nicht von sich aus aktiv wird, hat keine Teilhabe an der Stadtteilentwicklung. Die Ermächtigung zu selbständigem Handeln, die Stärkung des Selbstbewusstseins und das Aktivwerden in der eigenen Lebenswelt sind grundsätzliche Punkte der Gemeinwesenarbeit. Diese wird hier von einem kommunalen Mitarbeiter in einem Stadtteilbüro realisiert. Eine notdürftige Beratung und das Verteilen von Handzetteln ist das Ergebnis. Die benachteiligten Bewohner müssen aber in ihren Lebenswelten aufgesucht und abgeholt werden. Wenn man erreichen will, dass sie selbstgestaltend aktiv werden, muss man den Kontakt zu ihnen suchen, sie mobilisieren und ermutigen. Aber dieser entscheidende Aspekt der Gemeinwesenarbeit wird hier nur sehr unzureichend realisiert und hier muss sich meiner Meinung nach professionelle Soziale Arbeit viel mehr

einbinden. Dies müsste über die Stadt selber oder aber über Freie Träger geschehen.

Das Projekt „Bunte Gärten“ konnte bislang leider überhaupt nicht in eine übergreifende Soziale Arbeit eingebunden werden. Es ist in dem Stadtteil Anger-Crottendorf ziemlich isoliert und findet auch wenig Beachtung bei der im Umkreis lebenden Bevölkerung. Aufgabe der Gemeinwesenarbeit wäre es hier, einer schleichenden Segregation vorzubeugen, beziehungsweise schon vorhandene Segregation wieder abzubauen. Segregation bedeutet dabei eine „zumeist räumliche Aufteilung von Individuen nach Hautfarbe, Konfession, Geschlecht, Status und anderen Merkmalen, die sich in der Art der Zugangsmöglichkeiten zu Wohnbezirken, Schulen, Kirchen, Clubs, öffentlichen Einrichtungen niederschlägt. Segregation führt zu erzwungener (etwa im Fall diskriminierter Bevölkerungsteile) oder freiwilliger Kontaktvermeidung zwischen den verschiedenen Gruppierungen. ... [Wienold 1994, S.590]. Das eingangs erwähnte Asylbewerberheim in Leipzig-Mölkau, dessen Ablehnung in der Bevölkerung ein Grund für die Projektgründung war, wurde 2004 geschlossen. Die Bewohner kamen mit in die Massenunterkunft am Stadtrand. Trotz des weiteren Weges zum Garten kamen die meisten Teilnehmer weiterhin regelmäßig. Auch das kann als ein Indiz für den Bedarf gesehen werden. Die im Vergleich zur Anzahl der Asylbewerber doch geringe Zahl der Nutzer des Gartens liegt in der doch sehr eingeschränkten Mobilität der Betroffenen begründet. Die 40 Euro (Kinder bekommen 20 Euro) Taschengeld, die Asylbewerber je Monat erhalten, sind schnell für Essengeld im Kindergarten, Schulmittel und Sachen des täglichen Bedarfs ausgegeben. Da bleibt kaum etwas für Fahrtkosten übrig. Das wiederum bedeutet, dass die Betroffenen keine Teilhabe an integrationsfördernden Maßnahmen und Projekten haben, es sei denn, diese werden für sie erreichbar und niederschwellig angeboten. Laut Definition ist die hier beschriebene soziale Ungleichheit „allgemein jede Art verschiedener Möglichkeiten der Teilhabe an Gesellschaft (der Verfügung über gesellschaftlich relevante Ressourcen). Üblicherweise wird aber vorwiegend dann von sozialer Ungleichheit gesprochen, wenn

es sich um Ungleichheiten handelt, die jeweils größere Personengruppen betreffen und die als relativ dauerhaft gelten können“ [Krause 1994, S.697].

Für die „Bunten Gärten“ stellt sich jetzt die Frage, wie man es schafft, ein Netzwerk mit dem Projekt und um das Projekt zu etablieren. Darin müssten die Kommune, andere Vereine des Stadtteils, Kleingewerbetreibende, Künstler und letztendlich die Bewohner des Wohngebietes mit dem Gartenprojekt vernetzt werden. Dadurch würde der Bekanntheitsgrad des Projektes enorm steigen. Man könnte Außenstehenden sehr gut die Aufgaben und Ziele des Gartens innerhalb des Stadtteils und darüber hinaus vermitteln. Einerseits bestünde so die Möglichkeit, neue Teilnehmer, neue Mitarbeiter und eventuell neue Sponsoren zu akquirieren. Andererseits könnte man auch die Einbindung in den Stadtteil verbessern. Das wiederum ist unerlässlich, wenn man die herrschenden Vorbehalte und Vorurteile abbauen will. Die bis dato schützende Hülle des Gartens muss ein Stück aufgebrochen werden. Öffentliche Pflanz-, Ernte- oder Kochveranstaltungen, verbunden mit einladenden Gesten an die Anwohner, können den Kontakt zwischen den Menschen herstellen beziehungsweise vorhandene Kontakte festigen. Denn nur im Gespräch miteinander entsteht Verständnis füreinander. Nur wenn man sich gegenseitig in seiner Individualität akzeptiert, kann ein vernünftiges Zusammenleben gelingen. Und hier ist auch die Soziale Arbeit als Bindeglied, sozusagen als Vermittler, gefordert.

Zum Schluss möchte ich meine Untersuchungen in einem kurzen Fazit zusammenfassen.

Urban Gardening ist eine ideale Plattform für soziale Interaktion, ganz egal um welches der vielen Konzepte es sich gerade handelt. Hier kommen Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters und Geschlechts, Behinderte und Nichtbehinderte, Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus zusammen, um gemeinsam am Projekt Garten zu partizipieren. Die Gärten werden zu Orten, in denen die Menschen sich

begegnen und weitere Berührungspunkte entdecken. In den Gärten und um die Gärten kann ein soziales Netzwerk entstehen. Das kann unterschiedliche Ausprägungen haben.

Während der Nachbarschaftsgarten Leipzig-Lindenau bei der Stadtteilentwicklung als Ideengeber und Initiator auftritt und somit auf das Gemeinwesen einwirkt, sind die Bunten Gärten nach außen noch sehr isoliert. Bei beiden Projekten könnte eine direkte Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern und Sozialpädagogen zu einer engeren Verflechtung im Gemeinwesen führen und somit könnten auch die Potenziale der Gartenprojekte besser genutzt werden.

Zudem ist in beiden betrachteten Stadtteilen eine Gemeinwesenarbeit im Sinne der Sozialen Arbeit kaum zu erkennen. Hier wäre ein zielgerichtetes Engagement von Seiten der Kommune notwendig, auch wenn man davon ausgeht, dass Gemeinwesenarbeit ein Teil lokaler Politik ist. Wenn Sozialarbeit, also die Arbeit mit benachteiligten Menschen, mehr sein soll als einfacher Leistungstransfer von Amts wegen, ist es nötig, hier viel aktiver zu werden. Gemeinwesenarbeit soll die Ressourcen eines Stadtteils und seiner Bewohner erschließen. Die Menschen sollen befähigt werden, ihre Lebenswelt aktiv zu ändern und somit ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Die Interessen der Menschen in den Gartenprojekten sind auch sehr unterschiedlich. Während die MigrantInnen sehr daran interessiert sind, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Akzeptanz in der Bevölkerung zu erlangen, um ihr Leben wieder zu normalisieren, wollen viele der Mitglieder des Nachbarschaftsgärten e.V. keinen großen Einfluss auf ihre Umwelt nehmen. Ihnen genügt die Interaktion mit den Vereinsmitgliedern innerhalb des Gartens.

Betrachtet man die staatliche und somit auch die kommunale Sozialpolitik und wie sie derzeit umgesetzt wird, so merkt man, dass diese eher darauf abzielt, die soziale Kontrolle zu haben und abweichendes Verhalten von Menschen wieder an gesellschaftliche Normen anzupassen, als die Chancen von Individualität und Anderssein im Sinne von gesellschaftlicher Vielfalt zu nutzen.

Ich wollte innerhalb dieser Ausarbeitung herausfinden, inwieweit die Soziale Arbeit und im Speziellen die Gemeinwesenarbeit von diesen Gartenprojekten partizipiert und umgekehrt. Wie ich feststellen musste, gelingt das nur sehr bedingt.

Literaturverzeichnis

Baier, Andrea (2011): Urbane Landwirtschaft und Stadtteilentwicklung. Die Nachbarschaftsgärten in Leipzig. In: Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, S.173-189. München: Oekom Verlag

Bisler, Wolfgang, Klima, Rolf (1994): soziale Interaktion. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 308. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Eberenz, Udo (1994): psychisches Trauma. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 686. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Friedrichs, Jürgen (1994): Nachbarschaft. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 457. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Krause, Detlef (1994): soziale Ungleichheit. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 697. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lautmann, Rüdiger (1994): Gemeinwesenarbeit. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 228. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lautmann, Rüdiger (1994): Xenophobie. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 751. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: Oekom Verlag.

Oelschlägel, Dieter (2005): Gemeinwesenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe, Thiersch, Hans (Hg.) (2005): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik, S.653-659. 3.Aufl. München: Ernst Reinhardt Verlag.

Werner, Karin (2011): Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberale Ordnung. In: Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, S.173-189. München: Oekom Verlag

Wienold, Hans (1994): Segregation. In: Fuchs-Heinritz, Werner, Lautmann, Rüdiger, Rammstedt, Otthein, Wienhold, Hans (Hg.) (1994): Lexikon zur Soziologie, S. 590. 3.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen. Migranten in der Stadt Leipzig 2012.

<http://www.greenguerrillas.org>, verfügbar am 02.12.2012

<http://www.Nachbarschaftsgaerten.de>, verfügbar am 02.12.2012

<http://www.zeit.de>, verfügbar am 19.12.2012